

»Unsere ›alten‹ Forderungen sind aktueller denn je«

Ein »rotes Dorf«, eine Bürgermeisterwahl und ein Dorfpfarrer, der durch die DKP berühmt werden will. Ein Gespräch mit Renate Grieger

Claudia Wangerin

Renate Grieger tritt am 26. April im hessischen Reinheim bei der Bürgermeisterwahl für die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) an. Seit über 20 Jahren betreibt sie die »Bücherstube in Reinheim«, auch »der Kommunistenladen« genannt

Die DKP erzielt in Reinheim im hessischen Landkreis Darmstadt-Dieburg zweistellige Wahlergebnisse, obwohl sie bundesweit kaum von Bedeutung ist. Was macht die Kommunisten in der 18000 Einwohner zählenden Kleinstadt so erfolgreich?

Wir machen hier seit vielen Jahren erfolgreich Kommunalpolitik, ohne die »große Politik« aus den Augen zu verlieren. Auf kommunaler Ebene Verbesserungen durchzusetzen und den Kapitalismus in Frage zu stellen, ist für uns kein Widerspruch. Das macht uns glaubwürdig. So sind wir hier eine feste Größe geworden. In den letzten Jahren haben wir unsere Wahlergebnisse kontinuierlich gesteigert. Bei den Kommunalwahlen 2006 hatten wir einen Stimmenanteil von 14,7 Prozent. Damit haben wir zwei Mandate hinzugewonnen - und somit aktuell fünf Stadtverordnete. Wir geben alle zwei Monate eine Zeitung heraus, in der wir über Stadtratsinitiativen informieren. Transparenz ist uns wichtig.

Seit wann ist die DKP in der Stadtverordnetenversammlung vertreten - und wie kam es zu diesem Durchbruch?

1972 wurden die Gemeinden Reinheim und Ueberau zusammengelegt - und Ueberau galt schon damals als »rotes Dorf«. Vor dem Verbot der KPD 1956 hatte es dort in den 50er Jahren einen kommunistischen Bürgermeister gegeben. Nach der Zusammenlegung, die noch andere Ortsteile umfaßte, haben wir durch die vielen Wählerstimmen aus Ueberau den Einzug ins Reinheimer Parlament geschafft. Mittlerweile kamen wir aber auch in Reinheim selbst Ergebnisse von deutlich mehr als fünf Prozent, zum Teil auch über zehn Prozent. Bei der letzten Ortsbeiratswahl in Ueberau kamen wir sogar auf 39 Prozent und sind damit die stärkste Kraft in Ueberau.

Wird dieser Ort manchmal mit dem gallischen Dorf in den Asterix-Heften verglichen, das als einziges erfolgreich der römischen Besatzung Widerstand leistet?

Nein, aber es gibt da einen Pfarrer namens Ingmar Nesperke, der nebenbei politisches Kabarett macht - und gerne als »Don Camillo aus dem Odenwald« auftritt. Er nutzt es für seine persönliche Bekanntheit, daß er der einzige Pfarrer der Republik mit einem kommunistischen Ortsvorsteher ist. Dafür interessieren sich wiederum viele Medien, die sonst vielleicht gar nicht über die DKP berichten würden.

Mit welchem Stimmenanteil rechnen Sie bei der Bürgermeisterwahl am kommenden Sonntag?

Bis jetzt habe ich mich immer gesteigert - ich kandidiere zum dritten Mal als Bürgermeisterin. Beim ersten Mal, das war 1997, erhielt ich 7,2 Prozent der Stimmen, beim zweiten Mal im Jahr 2003 kam ich auf 11,99 Prozent. Am kommenden Sonntag kann ich wohl auf mehr als zwölf Prozent hoffen. Das ist auf jeden Fall realistisch, zumal die sozialen Themen, die wir als DKP ansprechen, ja nicht an Bedeutung verloren haben - im Gegenteil. Viele unserer »alten« Forderungen sind durch die Wirtschafts- und Finanzkrise aktueller denn je. Und ich kenne auch die Reinheimer Verhältnisse. Vor über 30 Jahren, nämlich 1977, wurde ich zum ersten Mal für die DKP in den Ortsbeirat in Reinheim gewählt.

Welche Probleme in Reinheim sind exemplarisch, und was thematisieren Sie zum Beispiel bei Podiumsdiskussionen?

Konkret setze ich mich zum Beispiel für eine städtische Sozialberatungsstelle ein, die auch als Beratungs- und Anlaufstelle für Bürger in sozialen Schwierigkeiten da ist und Unterstützung bei Anträgen aller Art anbietet. So etwas fehlt hier. Momentan ist eine ARGE im Landkreis für die Reinheimer zuständig, die auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind. Die haben allerdings aufgrund ihrer finanziellen Situation ein Mobilitätsproblem, wenn Behördengänge anstehen.

Bei Podiumsdiskussionen spreche ich auch die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise an - und daß wir keine Schutzschirme für die Banken brauchen, sondern für Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze, das heißt für die Menschen. Daß eine Vergesellschaftung der Banken notwendig ist; daß nicht nur die Verluste sozialisiert werden sollten, sondern auch die Gewinne.